

Bei den Essenszustellern traut sich die Regierung endlich was

Mit demselben Mut könnte man nun auch das Parken von Riesen-SUVs verbieten. Traut sich niemand? Seltsam. Das muss mit den Machtverhältnissen zu tun haben.



„Die chinesischen Fahrzeuge wurden eigens dafür entworfen, sich als „Fahrrad“ auszugeben und eine Lücke in der Straßenverkehrsordnung optimal auszunützen“, schreibt Sibylle Hamann. Clemens Fabry

20.09.2026 um 15:11

Kolumne von Sibylle Hamann

Artikel verschenken

Vorweg: Ich finde es hundertprozentig richtig, dass Elektromopeds künftig nicht mehr auf Radwegen fahren dürfen. Ich habe selbst schon gefährliche Situationen mit gestressten Essenszustellern erlebt und auch in dieser Kolumne bereits für ein Verbot plädiert. Danke also für die längst überfällige gesetzliche Neuregelung!

Ab hier lesen Sie mit Ihrem Abo

P premium

Im Vergleich zu anderen längst überfälligen gesetzlichen Neuregelungen fällt mir jedoch auf, wie schnell es diesmal ging. Ohne langwierige Debatten, ohne öffentliche Mobilmachung. Gegner des Vorhabens meldeten sich keine zu Wort, direkt Betroffene ebenso wenig.

Was nicht daran liegt, dass es keine direkt Betroffenen gäbe. Mehrere Tausend Menschen verlieren am 1. Oktober, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, über Nacht ihre Existenzgrundlage. Die meisten von ihnen sind junge Männer, asylberechtigt oder subsidiär schutzberechtigt. Viele von ihnen arbeiten hart daran, eine Ehefrau oder Kinder nachzuholen. Dafür dürfen sie keine Sozialleistungen beziehen, müssen durchgehend erwerbstätig sein, ein gewisses Mindesteinkommen und eine ortsübliche Wohnung nachweisen.

Ihre geringen Deutschkenntnisse reichen für höher qualifizierte Jobs nicht aus. So hat einer dem anderen den Weg in die Zusteller-Nische des Arbeitsmarkts gezeigt. In dieser Nische gab es ein speziell auf sie zugeschnittenes Geschäftsmodell. Die chinesischen Fahrzeuge wurden eigens dafür entworfen, sich als „Fahrrad“ auszugeben und eine Lücke in der Straßenverkehrsordnung optimal auszunützen. Sie wurden auf Kredit verkauft, die Fahrer stottern monatlich die Raten dafür ab. Jetzt sitzen sie auf wertlosem Plastik- und Elektroschrott. Denn für die Straße sind diese Fahrzeuge nicht zugelassen.

Schwer zu sagen, ob den Männern überhaupt schon klar ist, dass sie ab 1. Oktober schlagartig kein Geld mehr verdienen können. Wissen sie, dass sie für die Straße ein „normales“ E-Moped mit Typenschein kaufen müssten, samt Motorradhelm, Anmeldung, Nummerntafel und Versicherung? Dass man dafür einen Führerschein braucht (den man erst einmal machen und bezahlen muss)? Alternativ müssten sie sich ein echtes E-Bike zulegen - ebenfalls eine teure Angelegenheit - und eine Lösung finden, wie man darauf die sperrigen Pizza-Boxen transportiert.

Ich vermute: Weder von den chinesischen Moped-Verkäufern noch von den Lieferfirmen wurden die Männer rechtzeitig beraten. Sie kriegen ihre Informationen aus Social Media und Chatgruppen. Sie lesen keine österreichischen Medien. Gehören keinem Verkehrsclub an, keiner Kammer, keiner Gewerkschaft. Sie haben niemanden, der ihre Interessen rechtzeitig erkennt, formuliert und in Gesetzesverhandlungen einbringt, oder spätestens ins Begutachtungsverfahren. Selten haben sie Journalistenfreunde, die ihre Geschichten in den Medien erzählen.

»Eine ähnliche Entschlossenheit würde man sich bei anderen problematischen Regelungen wünschen.«

Zynisch formuliert: Wenn es um eine machtlose Randgruppe geht, die sich garantiert nicht wehren kann, zeigt die Regierung Entschlossenheit. Eine ähnliche Entschlossenheit würde man sich bei anderen problematischen Regelungen wünschen. Allein im Verkehrsbereich fallen mir da die Begünstigungen für Dienstwagen, die Pendlerpauschale, die Subventionen für Agrardiesel oder die Steuerbefreiung für Flugbenzin ein. Oder wie wär's mit einem Parkverbot für überdimensionierte SUVs, die auf gemeingefährliche Art und Weise anderen Verkehrsteilnehmern, speziell Kindern, die Sicht versperren?

Mehr Mut hätte auch dazu gehört, das E-Moped-Problem von der anderen Seite her anzugehen - und nicht die Zusteller, sondern ihre Auftraggeber ins Visier zu nehmen. Man könnte diese gesetzlich dazu zwingen, ihre Fahrer anzustellen. Sie nicht nach Auftrag, sondern nach Arbeitszeit zu bezahlen. Und ihnen dafür - wie bei Angestellten in allen anderen Branchen üblich - geeignete Dienstfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Sehr wahrscheinlich, dass sich eine Zustell-Pizza dann um ein paar Euro verteuern würde. Dass es einen Aufschrei und intensives Lobbying gäbe - von den Zustellfirmen ebenso wie von Konsumentenschützern. Ich finde, das wäre es wert.

Zur Autorin: Sibylle Hamann war 25 Jahre lang Reporterin (u. a. für „Kurier“, „Profil“, „Falter“), Kolumnistin für die „Presse“, Buchautorin. Von 2019 bis 2024 war sie Nationalratsabgeordnete und Bildungs-sprecherin der Grünen. Heute ist sie Lehrerin an einer Wiener Mittelschule.

Hinweis: Kolumnen von externen Autorinnen und Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

[→ Mehr „Quergeschrieben“](#)

Mehr dazu

Mit einem Präsidenten Putin wären wohl viele froh, nicht nur in Sachsen-Anhalt

Kolumne von Sibylle Hamann

Zum Beginn des neuen Schuljahrs darf man sich was wünschen

Kolumne von Sibylle Hamann

Krieg ein Kind, dann musst du weder Deutsch lernen noch arbeiten!

Kolumne von Sibylle Hamann

Digitale Rätsel

Zwischen Artikel und Alltag:
eine kluge Pause.

12:53

931

Sudoku

JETZT LOSRÄTSELN